

Protokoll der Gespräche von Staatssekretär Raymond Probst mit
Sir Antony Acland, am 3./4. November 1983 in Bern

Britische Delegation

Sir Antony ACLAND, Permanent Under-Secretary of State im FCO (A)
Botschafter John E. POWELL-JONES (PJ)
Herr Richard CROWSON, Botschaftsrat
Herr John E. BROOK, Botschaftssekretär

Schweizerische Delegation

Staatssekretär Raymond PROBST (PRO)
Botschafter François PICTET (Genf-London) (PC)
Botschafter Edouard BRUNNER (BRE)
Botschafter Franz MUHEIM (MF)
Botschafter Jean-Pierre RITTER (RR)
Botschafter Cornelio SOMMARUGA (BAWI) (SO)
Minister Herbert VON ARX (AX)
Herr Walter FETSCHERIN, Politische Abteilung I
Fräulein Anne BAUTY, Sekretariat des Staatssekretärs
Herr Rolf STÜCHELI, Politische Abteilung I (Protokoll)

Das Treffen mit A begann am 3. November mit einer Antrittsvisite bei PRO (vgl. Notiz FN) und einem Diner in der britischen Botschaft. Am 4. November trafen sich die beiden Delegationen zu den eigentlichen Gesprächen am Vormittag, die - nach dem Höflichkeitsbesuch beim Bundespräsidenten - während des Mittagessens im "Du Théâtre" fortgesetzt wurden.



TAGESORDNUNG

Seite

1. Allgemeine Ost/West-Beziehungen und Rüstungskontrolle	5
2. Ergebnisse von Madrid und Fortsetzung des KSZE-Prozesses	8
3. Ost/West- und Nord/Süd-Wirtschaftsfragen	11
4. Bilaterale Besuchspläne für 1984	13
5. Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen	13
6. Multi- und bilaterale Nuklearfragen	14
7. Lateinamerika: Grenada und Falklands	15
8. Naher Osten	17

- Beilagen:
- Gesprächsnotiz 1 - Begrüssungsgespräch mit Staatssekretär Probst, 3.11.1983
 - Gesprächsnotiz 2 - Empfang bei Bundespräsident Aubert, 4.11.1983

1. Allgemeine Ost/West-Beziehungen und Rüstungskontrolle

- PRO: Während Grossbritannien den NATO-Doppelbeschluss mitträgt, beschränkt sich die Schweiz gegenüber den Genfer Abrüstungsverhandlungen auf die Rolle des Gastgebers und Zuschauers. Wir haben die INF- und START-Unterhändler beider Seiten unabhängig voneinander zu Gesprächen nach Bern eingeladen. Als neutraler Kleinstaat sind wir an einem nuklearen Gleichgewicht zwischen den Supermächten auf möglichst tiefem Niveau interessiert.
- A: Das strategische Ost/West-Verhältnis gehört zu den aussenpolitischen Themen, denen die Regierung Thatcher grösste Aufmerksamkeit schenkt, dies obwohl Grossbritannien an den Verhandlungen in Genf nicht unmittelbar beteiligt ist. Premier- und Aussenminister suchen mit der Sowjetunion einen realistischen Dialog, der trotz koreanischem Flugzeugzwischenfall nicht abreißen soll; dies ist kein Ausdruck der Schwäche, sondern einer entschlossenen westlichen Haltung. Hauptelement bleibt dabei das Gespräch über die Rüstungskontrolle. Die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Westeuropa, die bis zum Jahresende einsatzbereit sein werden, hat sich als unvermeidlich erwiesen. Diese Konsequenz des NATO-Doppelbeschlusses wird von der britischen Öffentlichkeit weitgehend befürwortet. Nachdem die ideale, von Reagan vorgeschlagene "Null-Lösung" (none are better than few) gescheitert ist, wäre als kleineres Uebel auch ein quantitativ beschränktes "Deployment" (few are better than more) möglich. Solche Alternativen wurden anlässlich der jüngsten britisch-amerikanischen Konsultationen besprochen und könnten von der "Special Consultative Group" der NATO ausgearbeitet werden. Andropows Drohung, er werde die Genfer Verhandlungen abbrechen, sobald auch nur eine Mittelstreckenrakete aufgestellt sei, ist nicht zum Nennwert zu nehmen. Die Sowjets werden früher oder später an den Verhandlungstisch zurückkehren, denn auch die Amerikaner haben die Gespräche fortgesetzt, obwohl jeden Monat eine sowjetische "SS-20" in Stellung gebracht wurde. Die westliche Nachrüstung kann übrigens jederzeit

unterbrochen werden. Das unabhängige nukleare Abschreckungspotential Grossbritanniens und Frankreichs macht im Vergleich zur Gegenseite weniger als 3 % aus und soll - auch nach dem jüngsten Gipfeltreffen Thatcher-Mitterrand - in den INF-Gesprächen nicht berücksichtigt werden; ein solcher Einbezug würde die amerikanische Verhandlungsposition nur unnötig komplizieren.

PRO: Die Schweiz als neutraler, nicht nuklearer Kleinstaat wäre von den Auswirkungen des Deployment in Süddeutschland mitbetroffen und hat deshalb ein vitales Interesse an einem Erfolg der Genfer Gespräche. Die Hoffnung in der öffentlichen Meinung des Westens auf ein Hinausschieben der Stationierung scheint uns gefährlich; es könnte sich mehrfach wiederholen und damit seinen Verhandlungseffekt verlieren. Wie beurteilen Sie die Situation in der Bundesrepublik, wo der Herbst bisher nicht so "heiss" ausfiel, aber die Standhaftigkeit der Regierung durch die vom Doppelbeschluss abrückende SPD-Opposition auf die Probe gestellt wird?

A: Die deutschen wie die britischen Neuwahlen dieses Jahres waren stark vom Thema Verteidigung geprägt; ihr Ausgang zugunsten der bürgerlichen Regierungen war auch ein Plebiszit für den Nachrüstungsbeschluss, an dem der Bundeskanzler wie die Premierministerin festhalten wollen. Wir sind froh darüber, dass die erwarteten Demonstrationen bisher unblutig verlaufen sind. Ein neues Angebot Reagans würde natürlich die öffentliche Meinung beruhigen; dabei wäre in erster Linie an eine reduzierte Zahl von "Pershings" und "Cruise Missiles" zu denken, nicht an den völligen Verzicht auf einen Raketentyp. Die Sowjetunion steht heute vor der Tatsache, dass es ihr nicht gelungen ist, die Ankunft der amerikanischen Raketen in Europa zu verhindern. Das Deployment in allen betroffenen NATO-Staaten wird insgesamt fünf Jahre in Anspruch nehmen.

PRO: Nach den Aeusserungen Graf Lambsdorffs besteht die Hauptsorge der Bundesregierung darin, die amerikanischen Nuklearbasen mit einem "cordon sanitaire" zu umgeben, der jeden Zusammenstoss von Demonstranten und US-Soldaten ausschliesst. Die Sowjetunion hat das britische und französische Abschreckungspotential erst in einer späteren Phase der INF-Gespräche in die Verhandlungen eingebracht. Sie dürfte diese Forderung wohl auch wieder fallen lassen, wenn diese von den USA hartnäckig genug zurückgewiesen wird.

RR: Die westliche Nachrüstung ist auch nach unserer Auffassung unvermeidlich geworden. Jugoslawische Kommunisten wollen von sowjetischen Genossen vernommen haben, dass auch Moskau von der Unabwendbarkeit des Deployment überzeugt ist. Sein Einfluss auf die westlichen Friedensbewegungen wird deshalb allerdings nicht nachlassen.

Wie weit Meinungsverschiedenheiten zwischen der politischen Führung und den Militärs bestehen, ist schwer zu sagen. Im Grunde sind jedoch alle Führungskräfte Mitglieder derselben kommunistischen Partei; Marschall Ustinow z.B. ist auch eine eminent politische Persönlichkeit. Sicher ist der KAL-Zwischenfall ein Hinweis darauf, dass die Staats- und Parteispitze nur beschränkten Spielraum besitzt.

A zu RR: Andropow muss in der Tat auf verschiedene Gefolgschaften Rücksicht nehmen, aber es besteht kein Grund zur Annahme, dass er den Militärs die verlangten Mittel verweigern würde. Bis heute scheint der Finanz- und Wirtschaftsapparat den Bedürfnissen der Verteidigung noch gewachsen zu sein.

A zu PRO: Auch die britische Regierung setzt alles daran, Zusammenstösse der Friedensbewegung mit amerikanischen Soldaten zu vermeiden, was für die Polizei eine dornenvolle Aufgabe darstellt. Premier-

und Aussenminister haben sich erneut gegen den Einbezug der britischen Atomstreitmacht in ein INF-Paket ausgesprochen. Dies schliesst freilich eine spätere Diskussion unter veränderten Umständen nicht aus. Der entscheidende Schritt zum Abbau der Atomarsenale muss jedoch von den Supermächten ausgehen, und der Sowjetunion kann ein Monopol auf Mittelstreckenraketen nicht zugebilligt werden.

2. Ergebnisse von Madrid und Fortsetzung des KSZE-Prozesses (KAE)

BRE: Aus globalpolitischer Sicht ist die KSZE von zweitrangiger Bedeutung gegenüber den laufenden Abrüstungsgesprächen in Genf. Aus der nationalen Perspektive der Schweiz hat die KSZE aber den grossen Vorteil, dass sie auch kleine und neutrale Staaten gleichwertig neben den Grossmächten und Militärblöcken zur Geltung bringt. Die grosse Herausforderung besteht heute und für das nächste Folgetreffen darin, die "Détente" neu zu definieren. Die schweizerische Oeffentlichkeit ist weniger am KSZE-Aspekt der Sicherheit interessiert als an dem der Menschenrechte. Aber beide Aspekte sind voneinander nicht zu trennen, und für das Wiener Folgetreffen von 1986 besteht eher die Gefahr, dass den Resultaten der Abrüstungskonferenz kein substantieller Fortschritt in den übrigen Bereichen (Expertentreffen) gegenübersteht. In der Staatengruppe der "N+N" gehen schon heute die Prioritäten auseinander. Während z.B. Finnland in allen Fragen Kompromisse zwischen Ost und West sucht, verfolgen Jugoslawien und Schweden eher nationale Interessen; dazwischen steht die Schweiz mit ihrer Priorität für Menschenrechte. Gemeinsame N+N-Positionen, wie sie das Madrider Schlussdokument noch zu 80 % bestimmten, dürften auf der Abrüstungskonferenz schwerer zu finden sein; hier spielt neben innenpolitischen Rücksichten auch die Geographie eine Rolle.

- PRO: Die spezifische Position der Schweiz innerhalb der N+N kommt darin zum Ausdruck, dass wir den finnischen Appell zu einem raschen Abschluss der KSZE nicht unterstützen konnten und dass wir auf einer Expertenkonferenz über menschliche Kontakte bestanden. Darin kamen wir den USA nahe, welche den Abschluss in Madrid an Erfolge im Menschenrechtsbereich (performance) knüpften.
- A: Die Politik der Schweizer Delegation in Madrid, insbesondere in der Endphase der Konferenz, verdient unsere volle Anerkennung. Auch Grossbritannien lag viel daran, zu einem substantiellen Schlussdokument zu kommen. Unsere öffentliche Meinung schenkt der KSZE vielleicht weniger Aufmerksamkeit als etwa die deutsche; sie legt aber - wie jene der Schweiz - grösseren Wert auf den Menschenrechtsaspekt. Die britische Regierung hat das Schlussdokument in Form eines "Weissbuches" veröffentlicht.
- BRE: In der Schweiz ist das Dokument schon vor der Publikation im Bundesblatt von der Presse breit wiedergegeben und kommentiert worden. Obwohl auch für die Madrider Bestimmungen ein eigentlicher Anwendungs- und Ueberprüfungsmechanismus fehlt, bietet die Rechenschaftspflicht (accountability) einen Ersatz. So verwies der US-Delegierte Kampelmann, der im Anschluss an die Konferenz die Schweiz besuchte, auf die vermehrte namentliche Behandlung individueller Menschenrechtsfälle durch die Teilnehmerstaaten in Madrid.
- PRO: Unter den Expertentreffen messen wir dem von 1984 in Athen über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten besondere Bedeutung zu. Es handelt sich um ein spezifisch westliches und traditionell schweizerisches Anliegen. Auf diskret bilateralem Weg bemüht sich die Schweiz seit Jahren um Familienzusammenführungen unter Berufung auf die KSZE; bei jedem Osteuropa-Besuch übergibt der Staatssekretär seinen Gesprächspartnern eine Liste humanitärer Fälle, die jeweils zum grössten Teil gelöst werden.

MF: Die Vorbereitungsphase in Helsinki für die "europäische Abrüstungskonferenz" (KAE) stellt nach ihrem reibungslosen Beginn zwei substantielle Probleme: neben Maltas Wunsch nach Einbezug der mediterranen Nicht-KSZE-Staaten ist vor allem das Verhältnis zwischen der Stockholmer KAE und dem KSZE-Folgetreffen in Wien noch nicht geklärt. Während der Osten die KAE aus dem KSZE-Prozess herauslösen und vor 1986 die vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen (CSBM) verabschieden will, hält der Westen - und mit ihm weitgehend auch die Schweiz - an der Unterordnung unter das Wiener Treffen fest, das über die zweite Phase der KAE frei entscheiden soll. Unsere Delegation beurteilt die vorgeschlagenen CSBM an folgendem Massstab:

- 1) Vereinbarkeit mit Neutralität und Gesamtverteidigungs-Konzeption
- 2) vier Kriterien des Madrider Mandats für die KAE (ganz Europa umfassend, militärisch bedeutsam, politisch verbindlich, verifizierbar)
- 3) Krisen- und Spannungsresistenz
- 4) Sicherheitserhöhung besonders in Mitteleuropa
- 5) sichtbarer, nicht rein deklaratorischer Vertrauens- und Sicherheitseffekt

Noch offen ist die prozedurale Frage, ob an der Eröffnungssitzung in Stockholm der UNO-Generalsekretär und die nationalen Aussenminister teilnehmen sollen. Beides zusammen würde aus unserer Sicht der KAE zu grosses Eigengewicht geben.

A: Grossbritannien sieht kein Hindernis für eine Beteiligung der Aussenminister; es würde einen der vier Staatsminister im FCO entsenden.

AX: Für Helsinki und Stockholm wurde in Bern ein "Steering Committee" aus Vertretern von EDA und EMD gebildet, das die Verhandlungsdelegation instruiert. Hinzu kommen je nach Bedarf verschiedene Arbeitsgruppen, die als eine Art "think tank" für Abrüstungsfragen wirken.

3. Ost/West- und Nord/Süd-Wirtschaftsfragen

- SO: Für den Commonwealth-Gipfel von New Delhi (23.11.1983), der sich politisch auch mit Grenada befassen wird, wurde ein gutes Nord/Süd-Konferenzpapier erarbeitet mit dem irreführenden Titel "Towards a New Bretton Woods". Es kann nicht darum gehen, für die wachsende Zahl von Umschuldungskandidaten einfach neue Finanz- und Währungsinstitutionen zu schaffen; andererseits darf der IMF den Schuldnerländern (z.B. Tansania) keine sozial und politisch unzumutbare Konditionen aufbürden. Die Kontrolle des Hochtechnologie-Transfers nach dem Osten könnte durch ein Frühwarnsystem verbessert werden; das Problem ist allerdings nicht losgelöst von den innenpolitisch bedingten Getreideexporten der USA zu betrachten.
- PRO: Die IMF-Konditionen sollten gegenüber Jugoslawien nur mit politischer Vorsicht durchgesetzt werden, um das Land nicht in eine neue Abhängigkeit von der Sowjetunion ^{zu treiben.} Technologisches Know how ist der einzige "Rohstoff", den die Schweiz exportieren kann.
- SO: Der Weltwirtschaftsgipfel 1984 in London darf nicht mit zu hohen Erwartungen belastet werden. Die Schweiz wird auch diesmal versuchen, über die Vorarbeiten der sieben Teilnehmerstaaten und der EG-Kommission soweit als möglich informiert zu sein.
- A: Die Schweiz ist für Grossbritannien der zwölfwichtigste Handelspartner.
- SO: Das letzte Treffen in Williamsburg war wirtschafts- und sicherheitspolitisch ergiebig, ohne unsere Souveränität als Nichtteilnehmer zu beeinträchtigen. Endlich ist der Einfluss der Budgetdefizite auf die Zinssätze anerkannt und auch der Zusammenhang von Handelsliberalisierung und Wirtschaftswachstum klar ausgesprochen worden. Wichtig bleibt, dass diese Zusammenhänge auch in der Praxis berücksichtigt werden. Ein Schlüssel zur Lösung gewisser Unterbeschäftigungsprobleme liegt darin, Anreize für

mehr Privatinvestitionen zu schaffen und das Vertrauen in den Freihandel wiederherzustellen. - Das Nord/Süd-Verhältnis ist überschattet von der Verschuldungskrise, die 1983 nicht genügend eingedämmt werden konnte. Dem Währungsfond müssen weitere Finanzmittel zufließen, damit er seine Antriebsrolle bei der Lösung der Verschuldungsprobleme spielen kann. Gelingt dies dem IMF nicht, so gerät das gesamte Weltwährungssystem aus den Fugen, was auch die Finanzlage Grossbritanniens und der Schweiz bedrohen würde. Das Verschuldungs-Dispositiv ruht auf drei Pfeilern: den Regierungen der Gläubigerländer, den internationalen Finanzinstitutionen und dem privaten Bankensystem. Der IMF sollte vermehrt die Rolle eines informellen Koordinators übernehmen und enger mit dem GATT zusammenarbeiten (link zwischen Finanzierung und Handel). - Die gravierende Verschuldungssituation Osteuropas hat dem Westen die Augen geöffnet für die gegensätzlichen Wirtschaftssysteme (Kompensationshandel), die sicherheitspolitischen Risiken und die begrenzten Wachstumsimpulse, die vom Osthandel ausgehen. Die Schweiz hält an den universellen Handelsbeziehungen (Osthandelsverträge der 70er Jahre) fest. Wir bedauern, dass Konsolidierungsverhandlungen immer mehr mit politischen Argumenten geführt werden - was im Fall Polens zu einem "Gratis-Moratorium" geführt hat.-Angesichts der Intensität des gegenseitigen Handels - die Schweiz ist mit 9 % der zweitwichtigste Exportmarkt der EG - sollten die EFTA-Staaten als Freihandelspartner der Gemeinschaft auch wirtschaftspolitisch nicht mehr als Drittländer (wie USA) behandelt werden. Dabei hoffen wir vor allem auf das Verständnis Grossbritanniens, das ja ein Gründungsmitglied der EFTA war.

PJ: Bei den Wirtschaftsgesprächen Bundesrat Furglers mit Lord Cockfield wurde die besondere Qualität der Beziehungen zwischen EG- und EFTA-Ländern betont.

A: Gegen protektionistische Tendenzen zur "Rückeroberung des Binnenmarktes" wären gegenüber der EG vermehrt Schiedsklauseln zu vereinbaren und anzurufen. Für diesen Bereich ist im FCO der stellvertretende Kabinettssekretär für Handelsfragen zuständig. Ich bin mit Sir Geoffrey Howe einig, der schon als Finanzminister auf die Nachteile des hohen Zinsniveaus und des Budgetdefizits der USA für die Entwicklungsländer hingewiesen hat.

4. Bilaterale Besuchspläne für 1984

PRO: Bundespräsident Aubert hat die Einladung seines britischen Amtskollegen zu einem London-Besuch im Jahre 1984 dankbar angenommen. Ein verbindliches Datum soll jedoch erst nach den Nationalrats- und Bundesratswahlen (Mitte Dezember) vereinbart werden.

5. Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen

PRO überreicht seinem britischen Gast ein Aide-mémoire der Schweiz, die als Depositarstaat der Genfer Abkommen der Weiterentwicklung und Anwendung des humanitären Kriegsvölkerrechtes grosse Bedeutung beimisst: Das Vereinigte Königreich hat die Zusatzprotokolle bezüglich des Schutzes der Opfer bewaffneter internationaler und nicht-internationaler Konflikte schon 1977, anlässlich der nach Genf einberufenen diplomatischen Konferenz, unterzeichnet. Wir möchten die britische Regierung auch an dieser Stelle dazu einladen, diese Protokolle bald zu ratifizieren und damit ein Beispiel für andere Staaten zu geben. Botschafter Pictet wird in London das Anliegen weiterverfolgen.

6. Multi- und bilaterale Nuklearfragen

AX bedankt sich für die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit Grossbritannien im Bereich der Kernenergie:

Die bilateralen Fragen waren von 1964 bis 1975 in einem nuklearen Kooperationsabkommen geregelt, das neu ausgehandelt werden sollte. Die Schweiz hat vor allem ein Interesse an der Wiederaufbereitung von Brennelementen zur Entsorgung der Kernkraftwerke und an der Lieferung von Plutonium für die nuklearen Forschungszentren. Beides konnte fallweise durch zwischenstaatliche Notenwechsel (1979/1983 bzw. 1981) erreicht werden. Dieses Prozedere ist jedoch langwierig, da jeweils auch das schweizerische Parlament zustimmen muss. So sind beide Parteien in einem Notenwechsel vom 30. September 1983 übereingekommen, Verhandlungen über ein neues, breiter gefasstes Abkommen aufzunehmen.

A: Das britische Aussenministerium ist gerne zum Abschluss eines solchen Abkommens bereit. Ein wesentlicher Aspekt, der dabei berücksichtigt werden muss, sind die nötigen Sicherheitsgarantien.

AX: Da der Vertrag ohnehin vom Parlament genehmigt werden muss, steht die Schweiz auch in diesem Punkt nicht unter Zeitdruck.
- Die multilateralen Kontakte zwischen unseren beiden Ländern ergeben sich aus der Zusammenarbeit in dem zur Interpretation des Atomsperrvertrages eingesetzten "Zangger-Komitee", wo die Schweiz den Vorsitz und Grossbritannien das Sekretariat führt. Im September 1983 haben die USA die Einberufung einer Konferenz nach London angeregt, welche sich im beschränkten Kreis von etwa zehn Staaten mit der "generalisation of comprehensive safeguards" befassen sollte.

PRO: Ein so exklusives Forum scheint uns wie Grossbritannien wenig sinnvoll. Die Schweiz wäre jedoch bereit, die Liste der bewilligungspflichtigen Nukleargüter (Zangger-Liste) zu erweitern und zu präzisieren.

7. Lateinamerika: Grenada und Falklands

- A: Die amerikanische Invasion auf der Karibikinsel ist ohne Rücksprache mit London erfolgt. Wir achten jedoch die Motive der USA (Wiederherstellung von Demokratie und regionaler Sicherheit) und gehen davon aus, dass sie ihre Truppen nach diesem "chirurgischen Eingriff" rasch wieder aus Grenada zurückziehen werden.
- BRE: Die Operation war von Präsident Reagan so gut vorbereitet und bisher so erfolgreich, dass im Ausland eher die Regierungen als die öffentliche Meinung dagegen protestierten und dass der amerikanische Kongress zurückhaltend blieb.
- PRO: Die offizielle Stellungnahme der Schweiz liess lange auf sich warten. Welche Chancen geben Sie der Wiederherstellung der Demokratie in Grenada?
- A: Innerhalb eines Jahres dürften allgemeine Wahlen stattfinden. In der Zwischenzeit stellt der britische Generalgouverneur die einzige legitime Autorität dar. Sir Paul Scoon ist ein Ehrenmann, der vor und während des Umsturzes in seinen Entscheidungen nicht frei war, dafür aber politisch überlebte. Grossbritannien wird ihm beim Wiederaufbau mit Technokraten und Rechtsberatern behilflich sein. Maurice Bishop hatte sich mehrfach, so auch in der Schweiz, um westliche Unterstützung bemüht, aber nicht die nötige Aufmerksamkeit gefunden. Sein Sturz ist für uns eine Warnung, auf die Signale anderer Karibikstaaten besser zu achten.

- SO: Es ist überraschend, dass von seiten der EG-Staaten keine gemeinsame Stellungnahme zustande kam.
- A: Für die nötigen Konsultationen war die Zeit zu kurz. Im UNO-Sicherheitsrat hat sich dann nur Grossbritannien gegen eine Verurteilung der USA ausgesprochen. - Was das britische Verhältnis zu Argentinien betrifft, möchte ich der Schweiz einmal mehr dafür danken, dass sie unsere Interessenvertretung in Buenos Aires sofort übernommen hat und mit grosser Zuverlässigkeit ausübt.
- Das britische Angebot dieses Sommers, Verwandtenbesuche auf den Falkland-Kriegsgräbern in einem neutralen Rahmen zu ermöglichen, ist von der argentinischen Junta nie beantwortet worden.
- Wir setzen aber grosse Hoffnung in die demokratische Regierung Alfonsin, auch wenn sie noch Geduld von uns verlangen wird. Wir erwarten von Argentinien nicht die Aufgabe seiner territorialen Ansprüche, nur einen Gewaltverzicht. Auch für uns steht die britische Souveränität über die Falklands vorläufig nicht zur Diskussion.
- PRO: Der UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar ist über den Misserfolg seiner Vermittlungsaktion nicht leicht hinweggekommen, da zu einer Einigung nur wenig fehlte.
- BRE: Aus den meisten argentinischen Publikationen über den Falklandkonflikt geht hervor, dass die chauvinistische Politik von Präsident Galtieri und seines Aussenministers Costa-Mendes die Hauptschuld an Krieg und Niederlage trägt.
- A: Auf beiden Seiten kam es zu tragischen Fehltritten: London glaubte nicht, dass die Argentinier den Archipel besetzen, und Buenos Aires dachte nicht daran, dass die Briten ihn zurückerobern würden.

8. Naher Osten

- A: Die libanesische Versöhnungskonferenz in Genf hängt entscheidend vom Friedenswillen der Syrer ab, die den Libanon niemals vor den Israeli räumen werden.
- BRE: Assad hat sicher kein Interesse, Reagan als Wiederwahl-Geschenk einen aussenpolitischen Erfolg zu verschaffen, selbst wenn er seine Politik nicht nach sowjetischen Wünschen richtet.
- A: Die ureigene syrische Aussenpolitik zielt auf die Schaffung eines Gross-Syrien, das nicht nur den Libanon einschliessen würde. Bezüglich der Friedensaussichten für ganz Nahost bin ich pessimistisch. Die entscheidende Palästinafrage bleibt nicht nur ungelöst; sie ist durch die Ereignisse im Libanon noch mehr verdrängt worden. Ohne die PLO und ihren Chef Arafat wären die Palästinenser auch ihres anerkannten Sprechers beraubt. Die Friedenssuche um Palästina ist eine Geschichte der verpassten Gelegenheiten. Eine letzte Chance, der kein Erfolg beschieden war, stellten die Unionsgespräche Arafats mit König Hussein dar. Die Zeit arbeitet für Israel, das die Westbank über kurz oder lang in Besitz nimmt und damit einem palästinensischen Staat den Boden entzieht. Als Ausweg, der den israelischen Wünschen entsprechen würde, bleibt die Gründung eines Palästinenserstaates in Jordanien. Dies hätte aber mit Sicherheit den Sturz der Haschemiten-Monarchie zur Folge.

Hüchli

p.B.15.21.GB(11) -FN/wr

Bern, den 11. November 1983

G e s p r ä c h s n o t i z

Empfang des britischen Unterstaatssekretär Sir Antony Acland durch Bundespräsident Aubert, 4. November 1983

Während des ca. 40minütigen Gesprächs, an welchem neben Bundespräsident Aubert (CFA), Sir Antony Acland (A.), Staatssekretär Probst (PRO), Botschafter Powell-Jones und der Unterzeichnete teilnehmen, kommen folgende Themen zur Sprache:

Bilaterale Beziehungen

CFA weist einleitend auf die Sympathie hin, welche die Schweizer für Grossbritannien, nicht zuletzt aufgrund seiner Verdienste während des Zweiten Weltkrieges, hegen; vielleicht sind sie der Grund für die relativ seltenen bilateralen Treffen zwischen unseren beiden Ländern. Ihm sei immerhin die Ehre zugefallen, vor einigen Jahren den Besuch der britischen Königin zu empfangen. A. erwähnt seine früheren Aufenthalte in der Schweiz (2 1/2 Jahre als Mitarbeiter der Mission in Genf, 1973 anlässlich des Besuches von Aussenminister Douglas Home als dessen Kabinettchef in Bern) und betont das britische Interesse an den für London wichtigen Beziehungen mit unserem Lande. Als von besonderer Bedeutung wertet er den für April 1984 vorgesehenen England-Besuch von CFA; er drückt die Hoffnung aus, dass Treffen auf Aussenministerebene nunmehr jährlich stattfinden können. CFA bedankt sich für die Einladung und leiht der Hoffnung Ausdruck, dass der Besuch zum vorgesehenen Zeitpunkt durchgeführt werden kann.

Europarat

CFA äussert sein Bedauern darüber, dass die vier grossen europäischen Staaten meist nur die Stellvertreter der Aussenminister an die Ministertreffen des Europarates entsenden, obwohl - v.a. bei den infor-

mellen Zusammenkünften - eine persönliche Anwesenheit der Minister wichtig wäre. Er hat dies auch bereits den AM Colombo und Cheysson nahegelegt. A. beschränkt sich auf die Versicherung, dass Grossbritannien den Europarat als bedeutsames Forum betrachte.

Falkland-Konflikt

A. dankt CFA für die Leistungen, welche die Schweiz für Grossbritannien bei dessen Interessenvertretung in Guatemala und Argentinien vollbringt. Was letzteres anbelangt, so hoffe man in London nach Antritt der neuen Regierung auf eine baldige Normalisierung der Beziehungen. London habe sich bereit erklärt, einen Besuch der Angehörigen von argentinischen Gefallenen auf den Falklands zu organisieren, aber bisher auf sein Angebot keine Reaktion erhalten. Sobald Argentinien bereit sei, die Souveränitätsfrage beiseite zu lassen, würde England allen Vorschlägen für eine Normalisierung offenstehen.

Libanon

CFA erwähnt den am gleichen Morgen in Tyros erfolgten Anschlag auf das israelische Hauptquartier im Libanon und gibt seiner Beunruhigung auch in Zusammenhang mit der gegenwärtigen Libanon-Versöhnungskonferenz in Genf Ausdruck. Auf Wunsch von A. orientiert er diesen kurz über seine Gespräche mit Staatspräsident Gemayel und den bisherigen Verlauf des Genfer Treffens, welches insofern bereits jetzt als positiv gewertet werden könne, als alle wichtigen libanesischen Fraktionen vertreten seien, als alle rund um einen Tisch hätten versammelt werden können und als ein Dialog tatsächlich aufgenommen worden sei. Zudem hat, wie PRO beifügt, mit dem Beschluss über die Souveränität und die arabische Natur des Libanon, Syrien zum ersten Mal - wenn auch indirekt - die Souveränität seines Nachbarlandes anerkannt. Zuversichtlich stimmt, wie CFA ausführt - auch die Tatsache, dass Gemayel zu einer USA-Reise mandatiert wurde. Allem Anschein nach sei eine Lösung des Fragenkomplexes voraussichtlich nur möglich, wenn das

libanesisch-israelische Truppenabzugsabkommen nicht ratifiziert bzw. eingefroren werde.

A. dankt für die interessanten Informationen und verweist - nachdem CFA noch kurz auf die kürzliche Palästina-Konferenz in Genf zu sprechen gekommen ist - auf die beispielhafte Rolle, welche die Schweiz bei beiden Konferenzen als kompetenter Gastgeber gespielt hat.



W. Fetscherin

p.B.15.21.GB(11) - FN/wr

Bern, den 11. November 1983

Besuch des britischen Unterstaatssekretärs Sir Antony Acland in
Bern, 3. - 4. November 1983

Kurzes Begrüssungsgespräch mit Herrn Staatssekretär Probst

Anwesend: Sir Antony Acland (A.), Staatssekretär Probst (PRO),
Botschafter Powell-Jones, Unterzeichner

Während der einleitenden Begrüssung erwähnt A. u.a. seinen Aufenthalt an der britischen Mission bei den Vereinten Nationen in Genf (1966-68), während PRO auf sein sehr gutes Verhältnis mit dem ihm seit langem bekannten Amtsvorgänger von A. (Sir Michael Palliser) hinweist. A. schätzt sich glücklich, den lange vorgesehenen Besuch in Bern endlich durchführen zu können; er sei im letzten Moment noch durch die ausserordentliche Inanspruchnahme des FCO bei 4 Parlamentsdebatten in dieser Woche (Cruise missiles, Hong Kong und Grenada im House of Commons, Grenada im House of Lords) in Frage gestellt worden.

Unser Departement, so meint PRO hierauf, ist derzeit im Parlament und dessen Kommissionen besonders durch die Debatte über den UNO-Beitritt in Anspruch genommen. A. zeigt spontan grosses Interesse an dieser Frage, worauf ihm PRO kurz dessen Problematik darlegt. Er weist auf das Erfordernis des doppelten Mehrs für das entsprechende Referendum hin und erwähnt die wichtigsten Gründe, welche von den Beitrittsgegnern ins Feld geführt werden (Ineffizienz der Organisation, Neutralitätsgefährdung, Verminderung der aussenpolitischen Aktionsfreiheit v.a. bezüglich der Guten Dienste). Auf A.'s Frage nach seiner persönlichen Meinung meint PRO, er sei - allerdings aus rein rationalen Gründen - für einen Beitritt; es wäre jedoch unrealistisch, für den Fall eines negativen Ausgangs der Volksabstimmung eine aussenpolitische Katastrophe zu erwarten. A. geht mit dieser Argumentation weit-

gehend einig; er unterstreicht den Gewinn, welchen die Schweiz als UN-Mitglied für den Westen bedeuten würde, ist aber überzeugt davon, dass die Schweiz auch ausserhalb der Organisation weiterhin eine bedeutende Rolle spielen kann.

In letzterem Zusammenhang weist A. als Beispiel auf die Funktion hin, welche PRO als Vorsitzender der Finanzierungskonferenz für Jugoslawien übernommen hat. PRO führt unsere Beweggründe für die Uebernahme der Konferenzleitung auf (gute Beziehungen mit Jugoslawien, dessen wichtige strategische Position, etc.) und weist auf das nächste Treffen am 18. November d.J. in Genf zur Bewertung der Finanzierungsfrage für das Jahr 1983 hin. Gleichzeitig betont er, dass wir keineswegs die Ambition der Uebernahme einer weiteren Aktion für 1984 hegen. Während Frankreich die Angelegenheit nach Paris zurücktransferieren möchte, sind allerdings Jugoslawien und die USA für eine Fortsetzung der Konferenzen in der Schweiz. London hat diesbezüglich bisher keine eindeutige Haltung an den Tag gelegt.

Abschliessend streift PRO die gegenwärtige Libanon-Konferenz in Genf und die Gespräche, welche während des letzten Wochenendes in Bern mit Präsident Gemayel geführt wurden. Beide Fragen interessieren A. ausserordentlich. Man wird während der morgigen Konsultationen darauf zurückkommen.



W. Fetscherin